
DIE LINKE.

Ausgabe III / 2010

Mülltourismus statt Bürgerservice oder was wird aus der Abfallsammelstelle Luisental?

So könnte die Frage lauten, die man sich zwangsläufig stellen muss, betrachtet man die Planungen und Entwicklungen rund um die städtischen Ab-



fallannahmestellen. Von ursprünglich drei Stellen sind aktuell noch zwei vorhanden, eine in Mönchengladbach (Heidgesberg) und eine in Odenkirchen (Luisental).

Im Juni 2010 legte die GEM dem Umweltausschuss Vorschläge zur Neukonzeption beider Abfallannahmestellen vor und stellte die Notwendigkeit solcher Maßnahmen eindringlich dar, um den Ansprüchen weiterhin genü-

Ab Seite 5 DIE LINKE. im Rat der Stadt

gen zu können. In der gleichen Sitzung aber wiesen die Mitglieder der CDU und der FWG auf die Möglichkeit der Schließung eines Standortes hin, die noch nicht vom Tisch sei. Auf Nachfrage informierte Stadtdirektor und Stadtkämmerer Bernd Kuckels darüber, dass eine Entscheidung darüber noch in diesem Jahr fallen solle.

Im Juli 2010 richtete DIE LINKE. Mönchengladbach eine Anfrage an die Stadtverwaltung, mit der Bitte um einen Servicetag für die Abfallannahmestelle Luisental, wie es ihn auch in Heidgesberg gibt, um Berufstätigen die Nutzung zu erleichtern. Dies wurde von der Stadtverwaltung abgelehnt, da beide Standorte samstags genutzt werden könnten. Die Statistiken bewiesen außerdem, dass der Servicetag in Heidgesberg von der Bevölkerung nicht gut angenommen werde.

Betrachtet man die Konzeptionsvorschläge der GEM, fallen direkt eini-

ge Merkwürdigkeiten ins Auge. Für beide Standorte wurden je zwei Vorschläge vorgelegt. Dabei gab es aus finanzieller Sicht für Luisental die Wahl zwischen einem Vorschlag mit kleinerem und einem mit größerem Aufwand. Die Vorschläge für Heidgesberg unterschieden sich preislich aber kaum und waren mit hohen Kosten verbunden, da dort in beiden Fällen das Betriebsgelände wesentlich vergrößert werden soll. Der Standort Luisental soll nicht vergrößert werden, jedoch muss dort die Zufahrt verlegt werden, da man sie bei den Planungen des Mittleren Rings schlicht und einfach vergessen hatte zu berücksichtigen.

Fügt man nun die verschiedenen Puzzleteile zusammen, muss man sich unweigerlich fragen, ob die Abfallannahmestelle Luisental von Seiten der Stadtverwaltung längst zur Schließung vorgesehen ist. Denn wie sonst kann man die dortige Zufahrt bei verkehrstechnischen Planungen und Ausführungen einfach vergessen, längere Öffnungszeiten als nicht lohnend betrachten, aber gleichzeitig eine wesentliche Vergrößerung der Annahmestelle Heidgesberg planen.

Dies würde zwangsläufig zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen, was man auch mit Mülltourismus umschreiben könnte. Sämtliche Nutzerinnen und Nutzer der Annahmestelle Luisental müssten ihren Müll fortan quer durch die Stadt transportieren und würden damit gezwungen, die Umwelt unnötig mit

Sabine Cremer

Kreissprecherin,
Mitglied im
Umweltausschuss

Wiedemannstr.138
41199 M'gladbach

02166 / 60 92 97
sabine.cremer@die-linke-mg.de



„Mülltransporte quer durch die Stadt? Nicht mit uns, Bürgerservice sieht anders aus!“

Abgasen zu belasten. Ganz zu schweigen vom erheblich größeren Zeitaufwand, den sie dabei hätten.

DIE LINKE. Mönchengladbach wird sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt beider Abfallannahmestellen einsetzen! Die Schließung eines Standortes ist für die Bürgerinnen und Bürger unzumutbar. Genauso bleiben hier Ökologie- und Serviceaspekte auf der Strecke.

Nicht die Täter die Opfer ehren

Am 17.10.2010 wurde am Selma-Horn-Weg in Odenkirchen ein Zusatzschild enthüllt, das an das Schicksal von Selma-Horn erinnert.

Mitglieder der LiLO – Linke Liste Mönchengladbach - hatten das Zusatzschild bei der Stadt in Auftrag gegeben. Mit der Benennung der Straße nach Selma Horn soll auch den vielen weiteren ermordeten Odenkirchener Frauen und Männern eine gebührende Ehrung zuteil werden.

Ausgangspunkt für den Antrag der LiLO in der damaligen Bezirksvertretung Odenkirchen, eine Straße nach einer jüdischen Mitbürgerin in Odenkirchen zu benennen, war die Tatsache, dass 1991 eine Straße nach Hanns Martin Schleyer benannt wurde. Hanns Martin Schleyer war Oberscharführer der SS, Leiter des Reichstudentenwerkes, ab 1937 Schulungsleiter der 13. SS Reiterstandarte und ab Kriegsbeginn 1939 in Böhmen und Mähren für die Re-



krutierung von Zwangsarbeitern für die deutsche Rüstungsindustrie zuständig.

„Die Tatsache, dass Hanns Martin Schleyer von der RAF ermordet wurde, hebt seine Vergangenheit nicht auf. Wenn schon ein Täter mit einer Straßenbenennung bedacht wird, dann muss zumindest auch der Opfer in Form einer Straßenbenennung gedacht werden“, so Rolf Flören, Mitglied der Bezirksvertretung Odenkirchen in seiner damaligen Begründung für den Antrag.

Guido Paganetti, der Enkel von Selma Horn, schilderte in seinem Beitrag bei der Enthüllung des Zusatzschildes den Lebens- und auch Leidensweg seiner Großmutter.

Selma Horn war das 10. Kind ihrer Eltern. Ihr Vater betrieb eine Textilfabrik an der Ruhrfelder Straße. Nach der Heirat mit Felix Horn errichtete ihr Mann eine neue Fertigungsstätte an der Duvenstraße Nr. 104. Am 25.7.1942 wurden die Eheleute Horn zusammen mit 120 weiteren Juden aus Mönchengladbach, Rheydt und Wickrath nach Theresienstadt deportiert. 1943 kamen beide im Lager in Theresienstadt um.

**Kommentar Rolf Flören:
Odenkirchen's Schwimmbäder
und die Tradition der CDU**

Es gab einmal ein schönes Odenkirchener Freibad. Da wurden vor vielen Jahren sogar die "Deutschen Schwimmmeisterschaften" ausgetragen.

Das wurde dann auf Initiative der CDU geschlossen, weil die Reparaturen zu teuer seien und das Bad sowieso marode sei. Wie marode es war, konnte man vor einigen Jahren auf einem Lichtbildervortrag des Heimatvereins sehen: Da hatte es die Abrissbirne echt schwer, das Bad zu zerstören.

Nun gibt es auf der Wiedemannstraße ein kleines Hallenbad, das bis zum Sommer für viele Menschen hier in Odenkirchen viel Spass bedeutet hat: Für's Schulschwimmen, Altenschwimmen, Babyschwimmen. Ach, da könnte man dranbleiben. Und was machen die Ratsmitglieder der CDU, die als Wahlversprechen den lieben Wählerinnen und Wählern noch erzählt haben, dass sie das Bad erhalten hätten und weiterhin erhalten werden? Unsere Bürgermeisterin, Frau Zimmermanns, erklärt sich in der entsprechenden Ratssitzung als Mitglied des Schwimmbad-Fördervereins für "befangen", Herr Kirschner enthält sich und der Rest der CDU Fraktion stimmt der Schließung des Odenkirchener Hallenbades zu. Grund: Sanierung zu teuer, die Stadt ist ja pleite, außerdem gäbe es ein Bäderkonzept, und das sähe den Er-

halt des Odenkirchener Schwimmbades sowieso nicht vor.

Wahlversprechen? - Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern!

Über den Tod hinaus...

Einen geliebten Menschen zu verlieren ist schwer, ihm ein ehrendes Gedenken zu wahren, ist für viele Menschen sehr wichtig und wird mit entsprechenden Gräbern verwirklicht. Viel Mühe, Zeit und auch Geld wird für die Ehrung der Toten aufgewendet. Die Stadt bzw. die Kirchen stellen hierfür die erforderlichen Friedhöfe zur Verfügung.

Hier sind wir beim Problem. Für die Friedhöfe und die Bereitstellung der Grabstätten werden seitens der Eigentümer Gebühren verlangt, für die Sicherheit der Grabstätten wird aber wenig Verantwortung gezeigt. Die Friedhöfe können in der Regel nicht abgeschlossen werden, sind nicht bewacht, geschweige denn ausreichend beleuchtet, teilweise zugewuchert und somit ein beliebter Tummelplatz für Grabschänder und Diebe. Die zunehmenden Fälle beweisen, dass hier unbedingt etwas geschehen muss. Dabei müssen Polizei, Stadt und Ordnungsamt zusammen arbeiten und nicht jeder Vorschlag darf von vornherein mit Geldmangel abgelehnt werden. Wenn jedoch der Respekt vor der Totenruhe keine Rolle mehr spielt, dann helfen auch kein Abschließen und keine Videoüberwachung mehr. Dann müssen wir uns fragen, was in unserer Gesellschaft faul ist.

Geldmangel nun auch für die Sicherheit unserer Kinder? – bis 50 geht noch...

Mit Entsetzen musste DIE LINKE. Mönchengladbach davon Kenntnis nehmen, dass der Geldmangel der Stadt nun offensichtlich auch zu Lasten der Sicherheit unserer Kinder geht, und in diesem Zusammenhang Geschwindigkeitsüberschreitungen in einer verkehrsberuhigten Zone (Schule) keine besondere Auffälligkeit sind, sofern nicht schneller als 50 km/h gefahren wird.

In einer Anfrage an die Stadt durch den Bezirksvertreter West, Martin Selt, dafür Sorge zu tragen, dass der Schulweg der 1.- und 2.-Klässler auf der Rheindahlener Str./ Orffstraße in Wickrath im Bereich der verkehrsberuhigten Zone und dem Fußgängerüberweg auf Grund der zunehmenden Geschwindigkeitsüberschreitungen durch Radar-Kontrollen überwacht wird, bekam dieser zur Antwort:

„Bei einer Vielzahl von Messungen konnten keine besonderen Auffälligkeiten festgestellt werden, d. h. das Gros der Geschwindigkeiten bewegte sich in einem Bereich bis 50 km/h“

weiter hieß es:

„Wegen technischer Vorgaben kann der städtische Radarwagen seit einiger Zeit nicht mehr eingesetzt werden. Eine Neuanschaffung ist in die Wege geleitet. Das KFZ wird voraussichtlich Ende November geliefert und die Radaranlage ca. Mitte De-



zember entsprechend nach Eichung in Betrieb genommen.“

Auf eine weitere Eilanfrage des Bezirksvertreter Martin Selt vom 05.10.2010 in der Sitzung der Bezirksvertretung West, was zur Sicherung der Bushaltestelle der Linie 16 Konrad-Bäumer-Str. auf der K20 Beckrather Straße in Wickrath geschehen soll, wurde seitens der Stadtverwaltung am 09.11.10 zwar nicht gerade zeitnah, aber immerhin konstruktiv geantwortet. Eine bauliche Lösung zur Beseitigung der Gefahrensituation und zur behindertengerechten Ausgestaltung der Haltestelle wird nun erarbeitet. Damit einhergehen sollen mindestens eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h und eine Optimierung der Beleuchtungssituation in diesem Bereich.

Martin Selt

Bezirksvertretung
West

Gelderner Str. 73a
41189 M'gladbach
02166 / 85 53 98

martin.selt@die-linke-mg.de



*„Die Sicherheit unserer
Bürgerinnen und Bürger muss
an erster Stelle stehen,
insbesondere die Sicherheit der
Schwächsten und zwar die der
Kinder.“*

Jedoch wurde in der Antwort auch darauf hingewiesen, dass die Finanzierung dieser Maßnahmen noch zu klären sei.

DIE LINKE. Mönchengladbach sieht darin einen Teilerfolg, der ihre Arbeit bestätigt. Dennoch müssen sich im Gesamtzusammenhang folgende Fragen gestellt werden. Welche Gedanken werden sich grundsätzlich um die Sicherheit unserer Kinder seitens der Stadt gemacht? Wenn Gefahr im Verzug ist, sollte es keines wochenlangen Schriftverkehrs bedürfen, damit mit entsprechenden Maßnahmen reagiert wird. Und zu dem auch hier wieder ergangenen Hinweis auf die Finanzierung der beschriebenen Sicherheitsmaßnahme, kann man nur folgendes anmerken:

Wer möchte denn im Zweifelsfall für ein verunglücktes Kind die Verantwortung übernehmen - vielleicht der Pleitegeier?

Nicht mit RWE!

Ziel der Linken ist eine NVV, die die Daseinsvorsorge sicher stellt, zu günstigen Preisen Energie an die BürgerInnen liefert und eine konsequente Ausrichtung auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz als Geschäftspolitik zur Grundlage hat, die eine Struktur aufweist, in der die Verluste in den Geschäftsbereichen Verkehr und Bäder mit den Gewinnen aus dem Energiebereich ausgeglichen werden können.

Eine solche Geschäftspolitik ist aus Sicht der Partei DIE LINKE. Mönchengladbach jedoch mit einer Beteiligung von RWE nicht möglich.

RWE und den anderen marktbeherrschenden Stromkonzernen geht es nicht um eine an den Interessen von Mensch und Natur ausgerichtete Energiepolitik. Es geht um Profite zu Lasten der Menschen und der Umwelt.

In einer Zeit, in der die Großhan-

Bernhard Clasen

Ratsherr

*„RWE ist einer
der größten
Umweltzerstö-
rer Deutschlands. Mit ei-
nem solchen*

*Partner ist eine Ausrichtung auf
regenerative Energie und güns-
tige Energiepreise für die Bevöl-
kerung nicht zu machen.“*



delspreise an der Leipziger Strombörse seit 2008 um bis zu 40% gesunken sind, kündigt RWE Strompreiserhöhungen an. In Berlin lässt RWE sich in einem Geheimvertrag kontinuierlich steigende Gewinne in der Wasserwirtschaft sichern. Die Firma Urenco, Tochter von RWE und EON, lieferte 27.000 Tonnen hochgiftiger Uranabfälle nach Sibirien, wo sie die Gesundheit der Menschen vor Ort bedrohen.

RWE ist seit 2008 in Rumänien aktiv, wo es in das rumänische Atomkraftwerk Cernavoda investieren will. Dieses befindet sich in einem Erdbebengebiet, in dem, so die taz vom 20.4.2010, seit 1940 mehrere tausend Menschen bei Erdbeben ums Leben gekommen sind. Zusammen mit den anderen Energiekonzernen setzt RWE den Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomenergie durch. Zum Nachteil von kommunalen Stadtwerken und Erzeugern von erneuerbarer Energie. Eine Million EUR pro Tag und pro Atommeiler bringt das an zusätzlichen Gewinnen. Auf erneuerbare Energien setzt RWE nur dann, wenn ein entsprechender Profit zu machen ist.

Zu den Plänen der NVV über einer gemeinsamen Holding mit Viersen sagt DIE LINKE „Nein“. Mit unserem „Nein“ machen wir deutlich, dass wir eine weitere Regionalisierung und Verstärkung der Vormachtstellung von RWE in der Region ablehnen. Die Möglichkeiten sich von RWE zu trennen, werden dadurch weiter erschwert.

Mit ihrem „Nein“ befindet sich DIE LINKE in guter Gesellschaft: Auch die Viersener Grünen haben aus Protest gegen RWE mit Nein gestimmt.

Was passiert mit der Verwaltungsstelle Odenkirchen?

Das fragen Sie sich sicherlich, seit die Stadtverwaltung im Rahmen der Beratungen zum Doppelhaushalt 2010/2011 vorgeschlagen hat, die Bezirksverwaltungsstellen im gesamten Stadtbereich auf 4 zu reduzieren. Am Ende der Beratungen wurde die Stadt beauftragt, die Umstände einer möglichen Schließung genau zu prüfen und ein Konzept zur Neustrukturierung vorzulegen. Soweit so ungewiss, ist damit eine endgültige Entscheidung nur aufgeschoben aber nicht aufgehoben.

DIE LINKE. Mönchengladbach hat sich von Anfang an für den Erhalt aller bestehenden Verwaltungsstellen ausgesprochen und wird auch dabei bleiben. Die Einrichtung der Servicestellen in den Bezirken vor Jahren, mit den Möglichkeiten der An- und Ummeldung, Beantragung Personalausweis, Verlängerung Schwerbehindertenausweis usw., war ein echter Gewinn für die BürgerInnen. Auf kurzem Weg konnten die Sachen ohne große Wartezeiten schnell erledigt werden.

Und das soll nun in Odenkirchen wieder abgeschafft werden?

In Sonntagsreden hört man Politikerinnen und Politiker der anderen Parteien von Bürgernähe, Transpa-

renz und Bürgerservice reden. In der Praxis werden den Menschen dann lange Wege zugemutet, um notwendige Dinge zu erledigen.

Für DIE LINKE. Mönchengladbach steht ganz klar fest:

Keine Schließung von Verwaltungsstellen! Bürgernähe und Erhalt der Stadtteilstrukturen sind wichtige Aspekte für das Lebensgefühl der Menschen in unserer Stadt.

Sozialberatung:

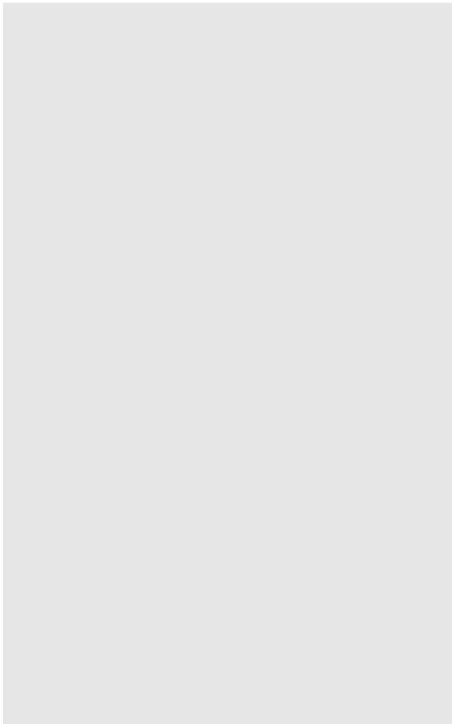
Die Linke Liste Odenkirchen hat in den vergangenen Jahren in Ihrem Büro auf der Burgstrasse regelmäßig eine Sozialberatung für Hartz IV Bezieher angeboten. **An diese Tradition wollen wir wieder anknüpfen.**

Hilfe bei: Schwierigkeiten mit der ARGE, Ausfüllen von Anträgen, Widerspruch gegen fehlerhafte Bescheide, ...

Mittwochs 16:00 bis 18:00 Uhr
Beratungsbüro
Zur Burgmühle 33 (Erdgeschoss)

Ein Angebot der Ratsfraktion der Partei

DIE LINKE.



Impressum / V.i.S.d.P.:

DIE LINKE. MG / Torben Schultz
Hauptstraße 2
41236 Mönchengladbach

Telefon: 0 21 66 / 9 79 22 43
Fax: 0 21 66 / 9 79 22 42
E-Mail: buero@die-linke-mg.de
Web: www.die-linke-mg.de

BürgerInnensprechstunde:

Jeden Montag von 18:00 – 19:00 Uhr führt die Fraktion der Partei DIE LINKE. im Rat der Stadt Mönchengladbach in ihrem Büro Hauptstraße 2 (Fußgängerzone Rheydt) eine BürgerInnensprechstunde durch.

Durchgeführt wird die Sprechstunde jeweils von einem Mitglied im Rat der Stadt oder der Bezirksvertretungen. Es besteht auch die Möglichkeit, sich telefonisch mit seinen Fragen oder seinem Thema anzumelden. Telefon: 02166-9792249.